

Konfliktarena Lichterfelde Süd

In der pluralen Demokratie sind Raum- und Stadtplanungsprozesse tendenziell zunehmend mit Konflikten belastet, zumal bisherige Formen einer Bürgerbeteiligung an Grenzen kommen. Finanziert von der DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft, untersucht deshalb das **Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)** in sechs Fallstudien wie Personen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bei Stadtentwicklungsprojekten bei Konflikten partizipativ oder antagonistisch mit einander kommunizieren. Deshalb führt das Institut, neben allgemeinen Recherchen, auch mit aktuell sowie mit früher verantwortlichen Politikern und Verwaltungsmitarbeitern sowie mit Personen aus der Zivilgesellschaft Interviews durch, um zu untersuchen, welche widerstreitenden Belange, Interessen oder Wertevorstellungen usw. ggf. einer Konfliktlösung entgegen stehen. Eine der Fallstudien des Instituts befasst sich mit dem städtebaulichen Vorhaben in **Lichterfelde Süd**. Konfliktparteien in diesem Vorhaben waren und sind das Land Berlin, das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, der Immobilienentwickler Groth-Gruppe, Naturschutzorganisationen und Verbände, Bürgerinitiativen usw.

Eskalationsstufen in der Konfliktarena Lichterfelde Süd

2010:

Das Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd gründet sich als aus der Politik Forderungen nach Wohnungsbau auf einer Fläche bekannt werden, die im Landschaftsprogramm Berlin als Landschaftspark Lichterfelde Süd vorgesehen ist.

2011:

Mit Unterstützung durch den baupolitischen Sprecher in der Berliner Abgeordnetenhausfraktion veranstaltet das Aktionsbündnis auf dieser Fläche am 14. August 2011 einen Tag der offenen Tür durch und erinnert dabei auch an den 50 Jahre zurück liegenden Bau der Berliner Mauer vom 13. August 1961. Floristische und faunistische Experten informieren die gut 200 Besucher über die naturschutzfachliche und ökologische Besonderheit und Einmaligkeit dieser Fläche innerhalb des Berliner Autobahnringes. In den Berliner Medien wird ausführlich über dieses bisher vergessene Areal am Berliner Stadtrand berichtet.

Tage später besichtigen Damen aus der Pressestelle des Berliner Landesverbandes für Umwelt und Naturschutz auf Einladung des Aktionsbündnis die diesem zuvor vollkommen unbekanntes Landschaft.

2012:

Ein von der lokalen CDU unterstütztes Projekt einer CA Immo AG, Wien, für einen 18-Loch-Golfplatz mit angeschlossenem Wohnen im gated area in Lichterfelde Süd wird nicht realisiert.

Am Ostersonntag, am 7. April 2012, folgt auf Einladung des Aktionsbündnis ein Osterspaziergang durch die Landschaft in Lichterfelde Süd, die in Erinnerung an eine von 1954 – 1994 bestehende militärische Nutzung dieser Fläche durch die Berliner US-Brigade nach ihrem ersten Kommandeur Floyd Lavinius Parks damals als Parks Range bekannt war.

Am 14. April 2012 führte Herr Reinhard von Bronewski auf „den Spuren der Amerikaner durch die Parks Range. Herr Bronewski war als Berliner Polizeibeamter unter anderem für die die Organisation der Polizeibegleitung von Panzerfahrten vom Kasernenstandort in der Goerzallee zur Parks Range und zurück verantwortlich.

2012 :

Die Groth-Gruppe übernimmt ein letztlich ca. 960.000 m² umfassendes Grundstück in Lichterfelde Süd zu einem Kaufpreis von unter 10 Euro m². Weil das Grundstück im Firmenmantel übernommen wird, entfällt die Grunderwerbsteuer. Das Land Berlin verzichtete dabei auf sein kommunales Vorkaufsrecht und damit auch darauf, das Grundstück mit anteiligem sozialen Wohnungsbau durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft bebauen zu lassen. Zugleich waren Parteispenden der Groth-Gruppe an die CDU bekannt geworden.

2012:

Das Bezirksamt akzeptiert ein ihm von der Groth Gruppe vorgelegtes „letter of intent“ (LOI), nachdem diese die Planung der städtebaulichen Entwicklung von Lichterfelde zur Errichtung von 2.200 bis 2.700 Wohneinheiten übernimmt.

2012:

Ein Versuch eines Gesprächs der Bürgerinitiative mit der Groth-Gruppe endete mit deren Auskunft: „Wir haben mehr Geld als Ihr“.

2013:

Klaus Groth spricht im Berliner Abgeordnetenhaus. Ein Antrag der Linken, auch einem Vertreter des Aktionsbündnis Rederecht zu gestatten, wird von einer Mehrheit aus CDU, SPD und Grünen abgelehnt.

2014/2014:

Vom Investor gelenkte öffentliche Veranstaltungen und work-shops schaffen in der Politik allgemeine Akzeptanz zu seinem in Lichterfelde Süd geplanten städtebaulichen Vorhaben.

2015:

Das Aktionsbündnis verwendet sich dafür, dass die seinerzeit am Rande Parks Range in Baracken aus der NS-Zeit ansässigen Gewerbebetriebe mit ca. 200 Beschäftigten an ihren Standorten, z. B. auf einer Gewerbeinsel, verbleiben können. Das deshalb durchgeführte Bürgerbegehren „Wohnen und Arbeiten in Lichterfelde Süd mit Naturschutz und Naherholung versöhnen“ scheitert aber knapp. Der bezirklichen Wirtschaftsförderung gelingt es der Mehrzahl dieser Betriebe Ausweichstandorte zu vermitteln. Drei größeren Betrieben verschafft die Groth-Gruppe einen neuen Standort in Tempelhof

2016:

Frühzeitige Beteiligung an der Aufstellung des Bebauungsplans 6 – 30 Lichterfelde Süd: Stellungnahmen des Aktionsbündnis zu erwarteten Auswirkungen des geplanten städtebaulich Vorhabens auf Verkehrsentwicklung, Stadtklima, Reflexionen von Eisenbahnlärm, nach mehr „sozialem Wohnungsbau“ usw. werden vom Bezirksamt zur Kenntnis genommen aber nicht beachtet.

2018:

Das frühere Kriegsgefangen-Mannschaftsstammlager (Stalag) III D wird zufällig bei einer Recherche im Landesarchiv Berlin wieder entdeckt. Mehrere Baracken dieses Lagers in Lichterfelde sind noch immer vorhanden. Die Groth-Gruppe hatte zuvor durch den Herrn Stadtarchivar Benedikt Goebel, den Nachweis zu führen versucht, dass es sich bei diesen Baracken um ehemalige (historisch weniger schutzwürdige) Zwangsarbeiterunterkünfte gehandelt habe. Das Landesdenkmalamt Berlin, das zunächst einem Abrissantrag der Groth-Gruppe zustimmen wollte, stellte dann, nach einer Information aus dem Aktionsbündnis das gesamte Areal in Lichterfelde Süd, unterlegt durch eine Bürgerschaft der Groth-Gruppe in Höhe von 750.000 Euro, unter vorläufigen Denkmalschutz.

Der Entwurf des Bebauungsplans sieht inzwischen vor, dass die Baracke Landweg 3/5A als möglicher Gedenk- und Erinnerungsort von der Groth-Gruppe äußerlich instand gesetzt und, dass eine ehemalige Verwaltungsbaracke der Reichsbahn an der Rëaumurstraße als Jugendfreizeitstätte hergerichtet wird. Archäologische Grabungen, insbesondere an früheren Feuerlöschteichen des Stalag III D, stehen noch aus. Ein Betreiber eines Gedenk- und Erinnerungsortes ist nicht ersichtlich.

Bekannt ist auch, dass der aus Teltow-Seehof bekannten jüdischen Familie Saberski-Sonnenthal auch in Lichterfelde Süd größere Flächen gehörten. Soweit auch bekannt, konnte diese Familie 1938 noch nationalsozialistischer Verfolgung in die USA entkommen. Unter anderem durch „Judenvermögensabgabe“ und "Reichsfluchtsteuer“ zusätzlich verarmt, soll sie sich um 1955 mit einer relativ niedrigen Arisierungentschädigung abgefunden haben, weil die Behörde für die Verwaltung von Reichsbahnvermögen bei der Senatsverwaltung für Finanzen angekündigt hatte, widrigenfalls den Rechtsweg vollständig auszuschöpfen. Von der Groth-Gruppe wird ein Eigentumsübergang von der Familie Saberski-Sonnenthal mit 1928 angegeben. Dies impliziert, dass keine Arisierung stattgefunden hätte.

2019:

Der Einwohnerantrag „Historischer Gedenkort“ übertrifft die notwendige Anzahl von Unterstützungsunterschriften und wird von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossen. Weil er aber zum Ende der Legislaturperiode nicht als unerledigt auf die nachfolgende Wahlperiode übertragen wird, tritt er außer Kraft.

2021:

Quartiersmanagement Thermometersiedlung beginnt. Nach Planwerken des Landes Berlin gilt die Thermometersiedlung als Stadtteil „mit besonderem Entwicklungsbedarf“. Das „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ zeigt seit Jahren für das Wohngebiet der Thermometersiedlung eine relativ hohe Arbeitslosenquote und einen hohen Anteil von Kindern unter 15 Jahren, die in „armen Haushalten“ aufwachsen.

2022:

Abschließende Beteiligung der Öffentlichkeit am B-Plan 6 -30 Lichterfelde Süd: Von Mitwirkenden im Aktionsbündnis Lichterfelde Süd werden auch unter Mitwirkung einer Rechtsanwältin detaillierte Stellungnahmen zu erwartenden Wirkungen des geplanten städtebaulichen Vorhabens in Lichterfelde Süd auf Verkehrsentwicklung, Reflexion von Bahnlärm in vorhandene angrenzende Wohngebiete und das Stadtklima, zum Standort einer

geplanten neuen Grundschule unmittelbar neben Anhalter- und S-Bahn ohne Lärmschutz, der durch täglich ca. 400 Zugpassagen mit Schienenlärm belastet wird sowie zur Historie des Plangebietes eingereicht. Bekannt ist, dass dem bezirklichen Stadtentwicklungsamt insgesamt 185 Stellungnahmen zugegangen sind, davon 50 von Trägern öffentlicher Belange und 135 aus der Bürgergesellschaft.

Wohl unter Marketing-Aspekten ersetzt die Groth-Gruppe die stadträumliche Bezeichnung „Lichterfelde Süd“ durch „Neulichterfelde“.

2022:

Akteneinsicht bei dem Bezirksamt durch Gerichtsentscheid erwirkt

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit präsentiert in seinen Räumen in Schöneweide die Ausstellung „VERGESSEN UND VORBEI“ Das Lager Lichterfelde und die französischen Kriegsgefangenen“

2023:

Aktionsbündnis richtet einen Rechtshilfefonds zur Finanzierung eines Normenkontrollverfahrens zum B-Plan 6 – 30 Lichterfelde Süd ein.

Die Ausstellung „VERGESSEN UND VORBEI“ wird in der Steglitzer Schwartzschen Villa gezeigt.

2024:

Herr Hippe (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen lädt aus Rio de Janeiro zu zwei Sitzungen des Ausschusses im Januar 2024 zur Beratung des B-Plans 6 – 30 Lichterfelde Süd ein.

Am 9. Januar 2014 berät der Ausschuss in einem ersten Termin unter großer öffentlicher Anteilnahme über den Bebauungsplan 6 – 30 Lichterfelde Süd. Der Sitzungsbereich für das Publikum im Bürgersaal des Rathauses Steglitz-Zehlendorf war bis auf den letzten Platz besetzt. Um der Groth-Gruppe noch vor Beginn der Vegetationsperiode Gelegenheit zu geben, das Baufeld frei zu räumen und Bäume zu fällen, war der Sitzungstermin extra eine Woche vorverlegt worden. Alle im Ausschuss vertretenen Fraktionen, von der SPD über Grüne, FDP, CDU und AFD hatten vorab bereits ihre Zustimmung zum Bebauungsplan angekündigt. Zur allgemeinen Überraschung teilte im Stadtplanungsausschuss Stadtentwicklungsstadtrat Patrick Steinhoff (CDU) aber mit, das Bezirksamt habe aber noch nicht über den Bebauungsplan entscheiden können, weil Bürgschaften der Groth-Gruppe in Höhe von 70,4 Mio. Euro über nach dem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan zugesagte Leistungen, u. a. Eigentumsverschaffungsvormerkung über im Baugebiet vorgesehene öffentliche Flächen, Erschließungsverträge zur Infrastruktur im neuen Stadtteil, sowie ein Vertrag zum Umbau der Kreuzung Osdorfer Str./Landweg, noch nicht vorliegen.

Nach einer weiteren Beratung des Bebauungsplans 6 – 30 Lichterfelde Süd am 13. Februar 2024 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen hat das Bezirksamt noch nicht abschließend über den Bebauungsplan 6 – 30 Lichterfelde Süd entschieden. Gründe sind offenbar unter anderem eine noch im Grundbuch einzutragende Auflassungsvormerkung zur Abtretung von Gemeinbedarfsflächen durch die Groth-Gruppe an das Land Berlin sowie eine

noch fehlende abschließende Fassung eines städtebaulichen Vertrages zum geplanten Bauvorhaben in Lichterfelde Süd. Eine erneute Ausschussbefassung wurde für März 2024 in Aussicht gestellt. Mit Rücksicht auf Naturschutz sind bauvorbereitende Maßnahmen seitens der Groth-Gruppe kaum vor dem Ende der Vegetationsperiode im Herbst 2024 zu erwarten.